

RS Vwgh 2013/4/24 2009/02/0206

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 24.04.2013

Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof
10/11 Vereinsrecht Versammlungsrecht
40/01 Verwaltungsverfahren
90/01 Straßenverkehrsordnung

Norm

AVG §37
AVG §39 Abs2
AVG §45 Abs2
StVO 1960 §92 Abs1
VersammlungsG 1953 §11
VwGG §42 Abs2 Z3 litb
VwGG §42 Abs2 Z3 litc

Hinweis auf Stammrechtssatz

GRS wie 91/08/0122 E 11. Mai 1993 RS 8

Stammrechtssatz

Grundsätzlich trifft auch bei amtswegig durchzuführenden
Verfahren die Partei eine entsprechende Mitwirkungspflicht,
insbesondere dort, wo den amtswegigen behördlichen Erhebungen
im Hinblick auf die nach den materiell-rechtlichen
Verwaltungsvorschriften zu beachtenden Tatbestandsmerkmale
faktische Grenzen gesetzt sind. Dort also, wo es der Behörde
nicht möglich ist, von sich aus und ohne Mitwirkung der Partei
tätig zu werden, was insbesondere bei jenen in der Person des
Antragstellers gelegenen Voraussetzungen der Fall sein wird,
deren Kenntnis sich die Behörde nicht von Amts wegen
verschaffen kann, ist die Partei selbst zu entsprechendem
Vorbringen und Beweisanbot verpflichtet.

Schlagworte

Begründungspflicht Manuduktionspflicht Mitwirkungspflicht Besondere Rechtsgebiete Sachverhalt
Sachverhaltsfeststellung Mitwirkungspflicht "zu einem anderen Bescheid"

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2013:2009020206.X04

Im RIS seit

03.02.2022

Zuletzt aktualisiert am

03.02.2022

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at